



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2014/00304**
Datum: 04.11.2014
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.11.2014	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen
über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat von Halle (Saale) lehnt jegliche transatlantische Handelsabkommen ab, die der Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie dem Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge widersprechen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts als auch im Deutschen Städtetag die Stimme der Stadt Halle (Saale) dafür einzusetzen, dass die kommunale Daseinsfürsorge, insbesondere die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Entsorgung von Abfällen und der ÖPNV sowie alle sozialen Dienstleistungen einschließlich der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, sichergestellt wird.
3. Den Bundes- und Landesabgeordneten der Stadt Halle (Saale) wird dringend empfohlen, die Forderung des Punktes 2 mit ihrem Stimmverhalten im Deutschen Bundestag und im Landtag von Sachsen-Anhalt zum Wohle der Stadt Halle (Saale) umzusetzen.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Die Erbringung zahlreicher Aufgaben der Daseinsvorsorge durch kommunale und öffentliche Einrichtungen hat in unserer Gesellschaft eine lange Tradition und hat sich bewährt. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen darauf, dass die Steuerung und Kontrolle der Leistungen der Daseinsvorsorge durch demokratisch legitimierte kommunale Vertretungskörperschaften erfolgt. Damit stellt die kommunale Daseinsvorsorge ein wichtiges Element eines bürgernahen Europas dar, dem die EU und die Mitgliedstaaten gleichfalls verpflichtet sind. Die öffentliche Daseinsvorsorge darf daher insbesondere in den Bereichen, in denen sie wichtige Aufgaben in nicht-liberalisierten Märkten wahrnimmt, keinesfalls einer Liberalisierung unterworfen werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge prinzipiell nicht vor einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft erfasst sind.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

17. November 2014

Sitzung des Stadtrates am 26. November 2014

Betreff: Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Vorlagen-Nummer: VI/2014/00304

TOP: 8.5

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister